



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

PRESSEMITTEILUNG

ÖKOSTEUER: NICHT GESETZE FÜR 2004 DISKUTIEREN, SONDERN BEHARRLICH FÜR GRUNDSÄTZE EINTRETEN!

Offener Brief an die Delegierten des SPD-Parteitag in Nürnberg (19.-22. November 2001)

Sehr geehrte SPD-Delegierte, liebe Ökosteuerfreunde!

Der 11. September und seine Folgen haben die Innenpolitik in den Hintergrund gedrängt, mit ihr die Ökosteuer. Für diese ist das vielleicht gar nicht so schlimm: Die Ökosteuer Gesetze der Rotgrünen Koalition vom Frühjahr 1999 gelten bis Ende 2003, und kein Koalitionspartner kann ein Interesse haben, an dieser Beschlusslage grundsätzlich zu rühren.

So komisch es klingt: Gerade Befürwortern der Ökologischen Steuerreform kann in der heutigen Situation an einer konkreten Debatte der Ökosteuer Gesetzgebung nicht gelegen sein. Denn damit würde man derzeit nur den bekannten populistischen Angriffen Tür und Tor öffnen. Etwa nach dem Motto, in der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage könne man Volk und Wirtschaft nicht auch noch die schreckliche Ökosteuer zumuten.

Auch eine konkrete Debatte über das Schicksal der Ökosteuer ab 2004 bliebe heute unfruchtbar. Vermutlich blieben dabei die intimen Freunde und die intimen Gegner weitgehend unter sich. Für das breite Publikum bliebe sie ebenso abstrakt wie für die pragmatischen Akteure in Wirtschaft und Politik. Letztlich wird erst die nächste Bundestagswahl darüber entscheiden, ob Chancen für die Fortentwicklung der Ökosteuer bestehen.

Bedeutet dies nun, dass man derzeit über die Ökosteuer am besten gar nicht reden soll? Ganz und gar nicht! Denn mit der Ökosteuer haben wir eines der selten historischen Beispiele, wo die Gesetzgebung dem öffentlichen Bewusstsein vorausgeeilt ist.

Deutschland braucht sich seiner Ökosteuer Gesetze nicht zu schämen. Sie sind – trotz mancher Kinderkrankheiten – ein großer Schritt in die richtige Richtung. Aber wesentliche Grundprinzipien der Ökosteuer sind in der Bevölkerung noch nicht verankert, oft nicht einmal bei den Befürwortern des

Vorstand

Dr. Anselm Görres (Vorsitz)
Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch
(Stellvertretender Vorsitz)
Florian Prange M.Sc (Schatzmeister)
Dr. jur. Dörte Fouquet
Dipl.-Vw. Bettina Meyer
Dipl.-Pol. Martin Weiß

Geschäftsführung

Damian Ludewig
Andrea Sauer (in Elternzeit)
Sebastian Schmidt

Beirat des FÖS

Dr. Gerhard Berz
Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH
Dr. Martin Bursík, Vize-Premier, CZ
Prof. Dr. Frank Convery, IRE
Dr. Henner Ehringhaus, CH
Dr. Franz Fischler, EU-
Agrarkommissar a.D., AT
Josef Göppel, MdB
Prof. Dr. Hartmut Graßl
Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH
Norbert Mann
Dr. Paul E. Metz, NL
Prof. Janet E. Milne, USA
Yannis D. Paleocrassas, GR
Prof. Dr. Albert J. Rädler
Christine Scheel, MdB
Matthias Max Schön
Prof. Dr. Ulrich Steger
Prof. Dr. Norbert Walter
Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker
Prof. Dr. Wolfgang Wiegand
Anders Wijkman MdEP, S
Dr. Angelika Zahrt

pm 11.2001/04.08.2009

GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V. (FÖS)

Seestraße 116 · D-13353 Berlin · Fon/Fax +49-30-510 530-80/-79 · foes@foes.de · www.eco-tax.info
GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 · BLZ 430 609 67 · IBAN DE87430609678043713000
Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

ökologischen Wandels. Statt einer Gesetzesdebatte – aus unserer Sicht derzeit so überflüssig wie ein Kropf – brauchen wir daher eine fortdauernde Diskussion der Prinzipien der ökologischen Steuerreform, und ein beharrliches, insbesondere im Jahr 2002 zu stärkendes Werben für Akzeptanz.

An Sie, als Delegierte des SPD-Parteitag, möchten wir daher fünf konkrete Bitten richten.

1. Lassen Sie sich keine konkrete Gesetzesdebatte zur Unzeit aufzwingen. Wer sich heute ohne Not in eine solche Debatte begibt, arbeitet nur den Gegnern der Ökosteuer in die Hände. Lassen Sie insbesondere nicht zu, dass Populisten die aktuelle Krise gegen die Ökosteuer ausspielen. Wenn wir aus der schwierigen Weltsituation etwas lernen können, dann doch vor allem dies: Wir brauchen mehr Global Governance und mehr globale Nachhaltigkeit. Eine international abgestimmte Politik zum Schutz des Klimas, zur Schonung natürlicher Ressourcen und zur Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten ist in diesem Kontext nicht nebensächlich, sondern erst recht vordringlich.

2. Bleiben Sie dem Grundsatz treu, die Abgabenlast des Faktors Arbeit zu verringern, und Energie höher zu belasten. Zwar gibt es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Energiesteuern und bestimmten Formen der kompensierenden Senkung anderer Steuern. Gäbe es die exorbitante Belastung von deutschen Arbeitnehmereinkommen nicht, so könnte man Ökosteuererträge auch zur Senkung der Mehrwertsteuer, der Unternehmenssteuern oder anderer Steuern verwenden. Nachdem aber bei uns Arbeit steuerlich massiv belastet wird, Energie dagegen zu niedrig, bleibt der Grundgedanke richtig, mindestens in der ersten Phase der Ökosteuer deren Erträge überwiegend zur Entlastung des Faktors Arbeit einzusetzen. Wer dagegen mit dem Slogan „Tanken für die Rente“ polemisiert, hat gar nichts verstanden. Das kann man sogar in den Programmen der Union nachlesen.

3. Bitte sorgen Sie dafür, dass Deutschland sein Gewicht in der Europäischen Union stärker als bisher für die Europäisierung der Ökologischen Steuerreform in die Waagschale wirft. Innerhalb der Europäischen Institutionen, auch der OECD, gibt es einen starken Konsens der Experten für die Europa weite Verteuerung von Energie und eine stärkere Belastung des Autoverkehrs, um dessen externe Kosten verursachergerechter zu finanzieren. Doch auf der Ebene der Regierungschefs und Minister geht nichts voran, nicht nur wegen Bremserländern wie Spanien oder Irland.

4. Bitte nehmen Sie das Thema Ökosteuer nicht von der Agenda Ihrer parteiinternen Diskussionen und Veranstaltungen. Auch wir wissen, die Ökosteuer ist bis jetzt – auch mangels beherzter Akzeptanzwerbung – kein Publikumsliebbling. Aber es sollte jedem Unterstützer der rotgrünen Koalition klar sein, dass spätere Generationen diese Koalition nicht zuletzt dafür rühmen werden, dass sie als eine der ersten Regierungen in Europa den Einstieg in eine an den Prinzipien Nachhaltigkeit und ökologische Preiswahrheit orientierte Steuerreform gewagt hat.

5. Unsere letzte Bitte: Seien Sie als SPD ruhig ein bisschen stolz darauf, dass Sie mit den Grünen zusammen die Ökosteuer eingeführt und auch in stürmischen Perioden nicht aufgegeben haben. Die Wähler der SPD sind vordergründig mehr als andere von der Ökosteuer betroffen. Nicht jeder hat verstanden, dass die Entlastung des Faktors Arbeit unterm Strich die Belastungen durch teureres Benzin oder Heizöl mehr als wett macht, nicht nur durch verringerte Sozialabgaben, sondern auch und vor allem durch verbesserte Beschäftigungschancen. Aber auch Maßnahmen wie Einkommenssteuerreform, Kindergelderhöhung, Heizkosten- und Entfernungspauschale und Wohngeldreform gleichen die Ökosteuerlasten für die sozial Schwächeren mehr als aus.. Doch diese Zusammenhänge liegen nicht auf der Hand und werden von antiökologischen Populisten verdreht und geleugnet. Daher hat die SPD staatsmännischen Mut bewiesen, indem sie ihrer Klientel diese vermeintlich bittere, in Wahrheit heilsame Medizin zugemutet hat.

Wir sind sicher: Nach der Bundestagswahl wird auch in Deutschland wieder eine konstruktive Diskussion über die Zukunft der Ökosteuer ab 2003 möglich sein. Es werden sich bis dahin auch die Erfolge deutlicher zeigen. In den Monaten bis zur Wahl können wir uns eine fruchtbare Debatte jedoch nicht vorstellen.